

Erarbeitung von Zukunftsmodellen

Warum Regierungschef Otmar Hasler auf eine gemeinsame Vorwärtsstrategie setzt

Nicht zuwarten, bis man nur noch reagieren kann und sich dann nur noch völlig fremdbestimmen lassen muss: Aus diesem Grund setzt Regierungschef Otmar Hasler betreffend der Zukunft des Wirtschaftsstandorts Liechtenstein auf eine gemeinsame Vorwärtsstrategie.

Martin Frommelt

Der Regierungschef legte am Wochenende anlässlich des Liechtenstein-Seminars für Compliance-Verantwortliche in Vaduz seine Gedanken zum Finanzplatz Liechtenstein im Lichte der politischen Rahmenbedingungen dar. Kernbotschaft: Angesagt sind Umdenken und Setzen neuer Rahmenbedingungen.

Druck von aussen

«Staatsinteresse kann heute nicht mehr unabhängig von Entwicklungen ausserhalb der Staatsgrenzen definiert werden. Internationale, staatenübergreifende Organisationen setzen allgemeinverbindliche Standards, deren Zustandekommen nicht immer demokratisch legitimiert und oftmals von Machtstandpunkten bestimmt ist», machte der Regierungschef den Druck von aussen deutlich.

Bewusst akzeptierte Öffnung

Zwei sich ergänzende Faktoren bestimmen laut Hasler das Staatsinteresse: «Nur die bewusst akzeptierte Öffnung der Grenzen Liechtensteins erlaubt eine Entwicklung zu wirtschaftlichem Erfolg. Aber auch eine bewusst erlebte Beschränkung ist notwendig, um als Staat überleben zu können.»

Standortvorteile neu definieren

Otmar Hasler: «Das Akzeptieren der Öffnung bedeutet aber auch, dass wir die Standortvorteile, die zu der bemerkenswerten Erfolgsgeschichte des wirtschaftlichen Aufschwungs geführt haben, immer wieder neu definieren. Dieses Offensein bedeutet, dass wir uns im internationalen Kontext rechtzeitig neu positionieren und uns nicht in einem falschen Reflex auf uns selbst zurückziehen und Positionen verteidigen, die längst von der Wirklichkeit überholt sind.»

Aussenpolitik wird wichtiger

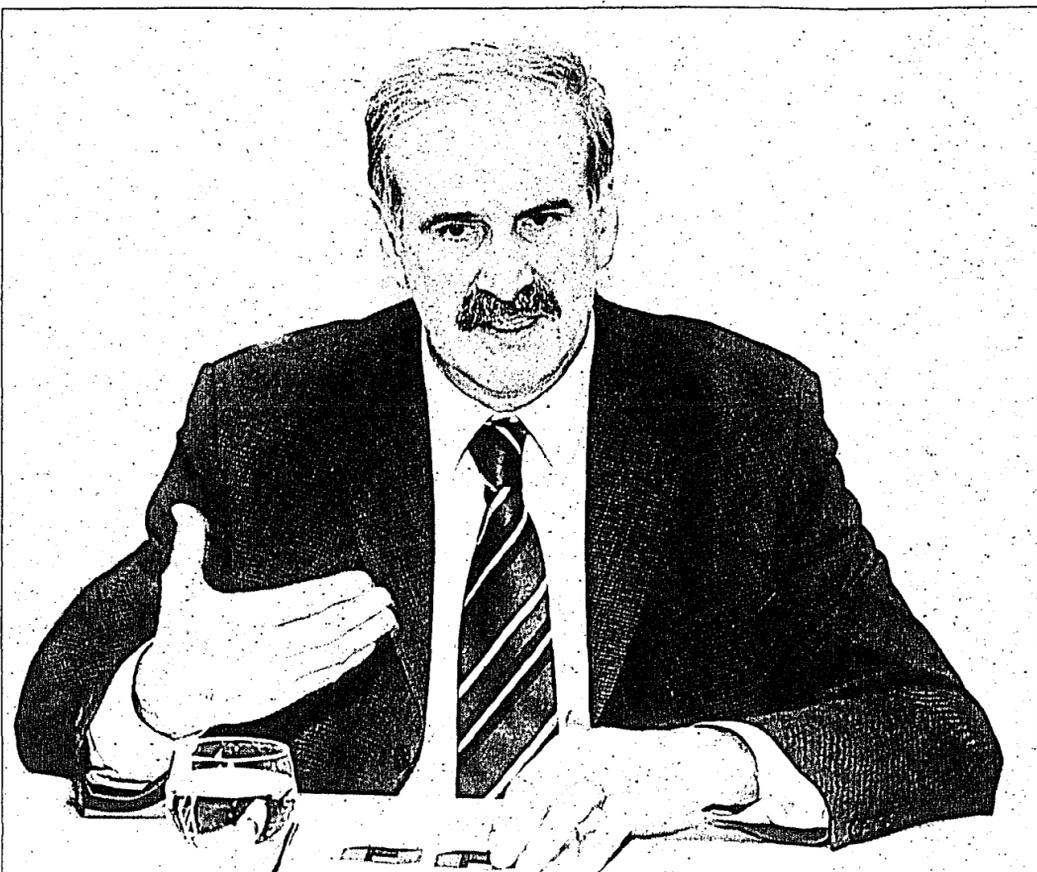
Gemäss Überzeugung des Regierungschefs wird Liechtenstein der Aussenpolitik einen bedeutend grösseren Stellenwert geben müssen, wenn es in Zukunft seine Interessen dort wirkungsvoll vertreten will, wo staatenübergreifende Organisationen Entscheidungen treffen. Dies sei auch nötig, um zu Informationen zu kommen, «die ein rechtzeitiges Handeln und damit eine rechtzeitige Neuausrichtung seiner rechtlichen Rahmenbedingungen ermöglichen». Die Aussenpolitik wird in Zukunft vermehrt die Innenpolitik bestimmen, ist Hasler überzeugt.

Langfristige Chancen

Nach Überzeugung des Regierungschefs muss die Diskussion über die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Liechtenstein in einen breiteren Rahmen eingebettet werden: «Es wäre fatal, wenn wir heute in einer Zeit der weltweiten Vernetzungen die Diskussion über die Ausrichtung und die Rahmenbedingungen des Finanzplatzes auf uns selbst zurückgezogen führen würden, ohne Beachtung der internationalen Standards und Tendenzen. Das würde bedeuten, dass wir wiederum Grenzen aufbauen, uns auf unsere 160 km² zurückziehen und kurzfristige Vorteile gegen langfristige Chancen eintauschen würden.»

Bankkundengeheimnis

Die Regierung, so der Regierungschef, erkennt die volkswirtschaftliche



Nicht zuwarten, bis man völlig fremdbestimmt wird: Regierungschef Otmar Hasler setzt bei der Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandorts Liechtenstein auf eine gemeinsame Vorwärtsstrategie. (Bild: Paul Trummer)

Bedeutung des Finanzdienstleistungsbereichs und steht vollumfänglich zum Finanzplatz: «Die Regierung steht auch zu dem hohen Rechtsgut des Schutzes der Privatsphäre und damit zu einem richtig verstandenen Bankkundengeheimnis.» In einer liberalen Wirtschaftsordnung sei es aber auch wichtig, dass griffige Instrumente zur Verfügung stehen, um Missbräuchen vorzubeugen und sie nötigenfalls wirksam zu bekämpfen.

Strenge Regeln

Otmar Hasler: «Wollen wir unsere liberale Wirtschaftsordnung in Zukunft beibehalten, ist es wichtig, über strenge Regeln der Missbrauchsbekämpfung zu verfügen und sie auch durchzusetzen. Da wird diese Regierung ihren Weg konsequent weitergehen. Es gibt keine Alternative dazu.»

Druck auf Fiskalpolitik

Der Wirtschaftsstandort, insbesondere auch der Finanzdienstleistungsbereich, sieht sich zunehmend internationalen Bestrebungen nach Angleichung der rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen ausgesetzt. Dazu Otmar Hasler: «Wenn im internationalen Umfeld von Kriminalitätsbekämpfung die Rede ist, so wird heute auch die Fiskalpolitik als mögliches Instrument ins Auge gefasst. Es wird von vielen Staaten nicht mehr ver-

standen, weshalb der Fiskalbereich von der gegenseitigen Hilfestellung zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität ausgenommen sein soll.»

Agieren statt reagieren

Die Devise der Regierung heisst laut Regierungschef Hasler «agieren statt reagieren»: «Die zunehmende Interdependenz, nicht zuletzt im Finanzdienstleistungsbereich, kann nicht negiert werden und ist in der Zusammenarbeit mit anderen Staaten zu berücksichtigen. In diesem Sinn, auch zum Zweck der Wahrnehmung der gesamtstaatlichen Interessen, verfolgt die Regierung eine Politik, die vorausschauend ist und sich nicht auf blosses Reagieren beschränkt.»

Rahmenbedingungen neu bewerten

«Weiterentwicklung», so Otmar Hasler, «bedeutet auch, dass gewisse Rahmenbedingungen, wie sie über Jahrzehnte gegolten haben, neu bewertet und angepasst werden müssen. Die heute wirtschaftende Generation steht vor grossen Herausforderungen, es wird enormer Anstrengungen bedürfen, um auf die richtigen Standortvorteile zu setzen, diese auszubauen und den Verlust bestimmter protektionistischer Vorteile zu kompensieren.»

Rechtshilfevertrag mit den USA

Die Regierung hat mit den USA einen Rechtshilfevertrag unterzeichnet, der die Rechtshilfe in Fiskalstrafsachen nicht ausschliesst, sie allerdings nur im Bereich schwerwiegender Straftatbestände zulässt. Für den Regierungschef konnte mit den USA ein guter Kompromiss gefunden werden: «Nicht nur praktisch alle europäischen Staaten, sondern auch eine Vielzahl vergleichbarer Finanzplätze gewähren den USA Steuerinformationen, die weiter gehen, als dies im Verträge mit Liechtenstein vorgesehen ist. Umgekehrt stärkt der Abschluss des Vertrages mit den USA das Vertrauen in die liechtensteinische Wirtschaft und den liechtensteinischen Finanzplatz meiner Überzeugung nach. Wenn auch beim Austausch von Steuerinformationen noch wesentlich weniger weit gegangen wird als bei vergleichbaren Wirtschaftsstandorten, konnte doch in einem heiklen Bereich ein tragfähiger Ausgleich mit den USA als der grössten politischen und wirtschaftlichen Macht gefunden werden.»

Für Dialog mit OECD offen

Was die internationalen Initiativen angeht, so sei Liechtenstein im Rahmen seines Dialogs mit der OECD weiterhin zur Zusammenarbeit bereit, allerdings nach wie vor unter klaren Bedingungen, so der Regierungschef: «Das sind einerseits die Gleichbehand-

lung aller Staaten, also auch Finanzplätzen innerhalb und ausserhalb der OECD, mit denen der liechtensteinische Finanzplatz in Konkurrenz steht, andererseits die Offenheit des Verfahrens bei der Festsetzung u. Anwendung von Massnahmen. Dieser Dialog wurde von der OECD, nach einer Verhandlungsrunde im März dieses Jahres in Paris, mit für Liechtenstein unannehmbaren Bedingungen vorläufig unterbrochen. Der Dialog kann aber aus unserer Sicht jederzeit wieder aufgenommen werden.»

EU-Zinsertragsbesteuerung

Bei der EU-Zinsertragsbesteuerung liegt das Interesse an einer Zusammenarbeit gemäss Otmar Hasler in erster Linie bei der EU: «Liechtenstein ist trotz Vorbehalten in einen konstruktiven Dialog mit der EU getreten und hat Verhandlungsbereitschaft gezeigt. Dabei hat die Regierung betont, dass Liechtenstein nicht einseitig von der Einführung des Informationsaustausches in der Europäischen Union profitieren will. Analog zum Verhandlungsangebot der Schweiz haben wir uns ebenfalls bereit erklärt, in Verhandlungen über die Einführung eines Zahlstellensteuermodells zu treten. Der Informationsaustausch wurde von liechtensteinischer Seite als Verhandlungsoption zurückgewiesen.»

Erarbeitung von Zukunftsmodellen

Nicht nur die Finanzdienstleistungsanbieter werden vermehrt gefordert, auch die Politik muss die entsprechenden Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches Wirtschaften neu setzen. Otmar Hasler: «Die Regierung hat deshalb in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft eine Projektgruppe zur Erarbeitung von Zukunftsmodellen ins Leben gerufen. Die Regierung ist entschlossen, im Interesse eines zukunftsfähigen Finanzplatzes die vielfältigen Herausforderungen aktiv an die Hand zu nehmen. Dafür benötigt sie auch die Unterstützung der Finanzdienstleister und der Verbände.»

Nicht abwarten und zusehen

Regierungschef Otmar Hasler zur Grundhaltung der Regierung: «Wir können es uns in Liechtenstein nicht leisten, abzuwarten und zuzusehen, was uns die Zukunft bringen wird. Dann werden wir nur noch reagieren können und uns völlig fremdbestimmen lassen müssen. Die erfolgreiche Bewältigung der zukünftigen Herausforderung ist nur in einer gemeinsamen Vorwärtsstrategie möglich. Genau da setzt die Politik der Regierung in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft an. Liechtenstein hat auch in Zukunft das Potenzial, ein erfolgreicher Standort zu sein. Der Finanzplatz Liechtenstein wird weiterhin ein Platz mit berechenbaren, stabilen Strukturen und Rahmenbedingungen sein.»

Sechs Kernpunkte

Folgende Punkte erachtet Regierungschef Hasler für die Zukunft als wichtig:

- 1) Liechtenstein wird weiterhin ein liberales und wettbewerbsorientiertes Wirtschafts- und Steuersystem mit einem differenzierten Gesellschaftsrecht beibehalten, das die legitimen Interessen sowohl der Bevölkerung als auch der Kunden im Bereich des Persönlichkeitsschutzes berücksichtigt.
- 2) Liechtenstein verfügt heute im internationalen Vergleich über ein führendes Sorgfaltspflicht-Regelwerk und erfüllt die internationalen Standards im Bereich der Geldwäschereibekämpfung. Die Entwicklung internationaler Standards werden wir weiterhin aufmerksam verfolgen und die entsprechenden Konsequenzen ziehen.
- 3) Das Bankkundengeheimnis

wird auch in Zukunft ein Eckpfeiler des Finanzplatzes Liechtenstein sein. Der legitime Schutz der Privatsphäre bedeutet jedoch nicht den Schutz krimineller Machenschaften.

4) Die konsequente Bekämpfung der Finanzierung des internationalen Terrorismus ist auch in Zukunft mit hoher Priorität weiterzuführen.

5) Die Einrichtung einer integrierten Finanzplatzaufsicht wird zu einer Optimierung der Aufsichtstätigkeit und zur Glaubwürdigkeit des Finanzplatzes beitragen.

6) Liechtenstein kann sich in die internationale Diskussion einbringen, indem es gerade im Bereich der Sorgfaltspflichten und des Schutzes des Finanzplatzes vor dem Missbrauch durch kriminelle Organisationen ein Benchmarking-System vorschlägt und sich dem Vergleich stellt.

Fürstentum
Liechtenstein



Ressort
Justiz

Öffentlicher Vortrag von
Österreichs Bundesminister für Justiz
Dr. Dieter Böhmdorfer

«Medienberichterstattung
im Spannungsfeld
zwischen
Informationsinteresse
und Schutz der
Persönlichkeitsrechte»

mit anschliessender Diskussion

Donnerstag, 3. Oktober, 17 Uhr Fach-
hochschule Liechtenstein, Auditorium,
Vaduz

